

## KONTOÜBERZIEHUNG

## Dispo-Deckel soll Banken bändigen

Immer mehr Menschen rutschen angesichts steigender Preise in den Dispo. Und das wird wegen hoher Kreditzinsen teuer. Im Kampf gegen die wachsende Überschuldung setzen die Länder erneut auf einen Dispo-Deckel. In der Ampel ist man zum Teil skeptisch.

VON HAGEN STRAUß

**BERLIN.** Im Februar kam eine Studie der Verbraucherzentralen zu dem Ergebnis, dass inzwischen jeder Siebte in Deutschland innerhalb von drei Monaten sein Konto überziehen oder seinen Dispokredit in Anspruch nehmen musste – wegen der hohen Energie- und Lebensmittelpreise. Doch, wer so ins Minus geht, muss dafür meist horrende Zinsen zahlen. Weil sich die Lage für viele Menschen weiter verschärft, wollen die Bundesländer nun einen neuen Anlauf unternehmen, in Deutschland einen Dispo-Deckel einzuführen.

Bereits weit vor der Coronapandemie sei „die Situation der häufigen und langfristigen Kontoüberziehung problematisch“ gewesen, heißt es zur Begründung in einem Entschließungsantrag an den Bundesrat, der unserer Redaktion vorliegt und in dem die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert wird. Die Inflation und die Energiekrise hätten die Lage jetzt weiter verschärft. „Darunter leiden vor allem Menschen mit geringem Einkommen, die in der Folge auf Dispositionskredite zurückgreifen müssen.“ Eingbracht hat den Antrag das Land Schleswig-Holstein.

Darin heißt es weiter: Das Ergebnis einer Erhebung aus dem Oktober vergangenen Jahres sei gewesen, dass der durchschnittliche Dispositionszins 10,07 Prozent betragen habe. „Im Vergleich dazu liegt der durchschnittliche Zins von Konsumentenkrediten mit einer Zinsbindung von ein bis fünf Jahren bei 5,37 Prozent.“ Die hohen Zinssätze im Bereich der Dispositionskredite seien daher weder angemessen noch gerechtfertigt. „Eine gesetzliche Begrenzung der Zinsen für Dispositionskredite ist deshalb im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher notwendig“, so die Antrag-

„Auch Banken haben in Zeiten galoppierender Inflation eine große Verantwortung.“

**Steffen Bilger**  
Unions-Fraktionsvize und  
Ludwigsburger Bundestagsabgeordneter



Bis zu einem bestimmten Limit kann man sein Konto überziehen. Doch so verschärft sich die finanzielle Lage weiter – weil Verbraucher hohe Zinsen zahlen müssen, wenn sie so ins Minus gehen. Foto: Benjamin Nolte/dpa

steller. Gefordert wird überdies, die Kosten für Abhebungen an Geldautomaten gleich mit zu „deckeln“. Die Geldinstitute seien zwar seit 2011 dazu verpflichtet, die Kosten auf dem Bildschirm des Geldautomaten anzuzeigen. Die erhöhte Preistransparenz habe jedoch nicht automatisch zu günstigeren Gebühren geführt. Die Chancen stehen gut, dass die anderen Länder dem Ansinnen Schleswig-Holsteins folgen werden. Denn erst Ende Juni hatte sich die Verbraucherschutzministerkonferenz der Länder für einen Deckel ausgesprochen. In dem Beschluss der Minister heißt es mit Blick auf die Banken: „Appelle zur freiwilligen Selbstverpflichtung und Mäßigung sind weitgehend ergebnislos geblieben.“ Die Überschuldung nehme

zu. Die Bundesregierung müsse daher die Einführung „einer gesetzlichen Zinsobergrenze für Dispositions- und Überziehungskredite im Bereich von fünf Prozentpunkten bis maximal acht Prozentpunkten über dem Basiszinssatz prüfen“.

In der Ampel-Koalition stößt die Forderung freilich auf ein unterschiedliches Echo. FDP-Verbraucherexpertin Katharina Willkomm erteilte dem Vorstoß eine Absage: „Ein staatlicher Zinsdeckel auf Dispo-Kredite hilft Verbrauchern in Geldnot nicht.“ So führe der Weg aus der Schuldenfalle nicht über mehr Kredit-Regulierung, „sondern über gezielte Hilfsangebote bei finanzieller Überforderung“, sagte Willkomm unserer Redaktion. Nutzen Verbraucher den Dispo so wie gedacht „als kurzfristigen Liquiditäts-Booster, dann bleiben auch bei hohen Zinsen die Kosten überschaubar“. Demgegenüber betonte der Grüne Finanz- und Verbraucherexper-

te Stefan Schmidt, bei überhöhten Dispozinsen müsse gegengesteuert werden. „Es darf nicht sein, dass manche Banken bis zu 14 Prozent Dispozinsen verlangen – das trifft finanzschwächere Haushalte ganz besonders und führt nicht selten in eine Schuldenspirale“, so Schmidt auf Nachfrage.

Der Vorstoß setze ein wichtiges Signal, betonte auch der Unions-Fraktionsvize und Ludwigsburger Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger (CDU). „Auch Banken haben in Zeiten galoppierender Inflation eine große Verantwortung. Ein Maßhalten bei den Dispozinsen kann vielen Verbrauchern zumindest vorübergehend finanziell etwas Luft verschaffen“, so Bilger zu unserer Redaktion. Wenn mit der Initiative effektivere Lösungen gefunden würden, sei das zu begrüßen. Der Antrag soll nun zunächst in den Bundesratsausschüssen beraten werden.

## KURZ NOTIERT

**Exportorerwartungen sinken weiter**  
Die Stimmung in der deutschen Exportindustrie ist weiter auf Talfahrt. Die Exportorerwartungen der vom Ifo-Institut befragten Unternehmen fielen von minus 6,5 Punkten im August auf minus 11,3 Punkte im September. Das ist der schlechteste Wert seit drei Jahren. „Die Ausfuhr in alle wichtigen Regionen ist gegenwärtig rückläufig“, so Umfrageleiter Klaus Wohlrabe gestern in München. Demnach rechnen nur Hersteller von Lederwaren und Möbeln sowie einige Betriebe der Nahrungsmittelindustrie mit einem Zuwachs – alle anderen Branchen erwarten eher einen Rückgang. (dpa)

**400 Mitarbeiter betroffen**  
Der weltweit größte Online-Versandhändler Amazon schließt sein Luftfrachtzentrum am Flughafen Leipzig/Halle. Nach einer entsprechenden Anpassung des Logistiknetzwerks sei die Schließung des Amazon-Air-Standortes geplant, begründete ein Sprecher des US-Konzerns gestern den Schritt. Von dem Aus sind nach Unternehmensangaben 400 Beschäftigte betroffen. Betroffener Mitarbeiterinnen werde die Möglichkeit angeboten, an andere Amazon-Standorte zu wechseln, hieß es. (dpa)

## HEIZÖLPREISE

Verkaufspreis des Handels frei  
Verbraucherzentrale Großraum Stuttgart/  
Karlsruhe je 100 Liter inklusive 0,36 €  
Bevorzugungsbeitrag und inklusive  
19% Mehrwertsteuer im Tankwagen  
frei Haus bei einer Abladestelle.  
Lieferung in eine Verbrauchertankanlage.  
Zahl der Notierungsbeteiligten: 6

Menge bis	Preis-spanne	Durchschnitt
1500 Liter	121,98 € - 126,37 €	123,73 €
2000 Liter	118,92 € - 120,79 €	119,81 €
2500 Liter	117,32 € - 119,12 €	117,88 €
3500 Liter	115,61 € - 117,93 €	116,64 €
4500 Liter	114,80 € - 117,10 €	115,78 €
5500 Liter	113,82 € - 116,50 €	115,15 €
6500 Liter	113,23 € - 115,43 €	114,42 €
7500 Liter	112,63 € - 114,99 €	113,96 €
8500 Liter	112,28 € - 114,60 €	113,33 €

Notierung vom 26. September 2023.

Preisentwicklung im Vergleich zur Vorwoche: gleichbleibend.  
Für Heizöl EL schwefelarm (Normalqualität) Preisabschlag.  
Für Bio-Heizöl Preisauflage.

Quelle: Stuttgarter Waren- und Produktenbörse

## Weltweit steigt die Zahl neuer Industrieroboter

**STUTTGART.** Der weltweite Absatz von Industrierobotern hat 2022 auf hohem Niveau zugenommen. Im vergangenen Jahr wurden 553.052 neue Anlagen in Fabriken rund um den Globus installiert, wie die International Federation of Robotics gestern mitteilte. Im Vergleich zum bisherigen Rekordwert aus dem Jahr 2021 entspricht das einem Plus von etwa fünf Prozent.

Deutschland verzeichnete 2022 hingegen ein leichtes Minus bei der Zahl neu installierter Roboter. Insgesamt waren in der deutschen Industrie 259.626 Roboter im Einsatz. Ihre Spitzenposition als am stärksten automatisierte Volkswirtschaft Euro-



Roboter arbeiten an Teilen der Karosserie von verschiedenen BMW-Modellen im Münchner Stammwerk.

pas kann die Bundesrepublik damit aber trotzdem behaupten. (dpa)

## Allianz: Geldvermögen wird wieder wachsen

**FRANKFURT/MAIN.** Nach dem stärksten Rückgang der weltweiten Geldvermögen seit der Finanzkrise rechnet der Versicherer Allianz im laufenden Jahr wieder mit Zuwächsen. Für den erwarteten Anstieg um rund sechs Prozent spreche vor allem die bisher positive Entwicklung an den Aktienmärkten, erklärte der Versicherungskonzern gestern anlässlich der Vorlage seiner jährlichen Vermögensstudie. Das durchschnittliche Wachstum der Geldvermögen dürfe sich nach Einschätzung der Alli-

anz-Volkswirte in den nächsten drei Jahren zwischen vier und fünf Prozent einpendeln. Im Jahr 2022 waren die Vermögen der Menschen rund um den Globus erstmals seit 2008 in Summe geschrumpft.

Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung – etwa 560 Millionen Menschen in den 57 untersuchten Ländern – besitzen nach den Berechnungen der Allianz zusammen 85 Prozent des gesamten Netto-Geldvermögens – im Schnitt rund 270.000 Euro. (dpa)

## MELDUNGEN

LUXUSAUTOS

## Hochautomatisiertes Fahrsystem von BMW

**MÜNCHEN.** Nach Mercedes-Benz will jetzt auch BMW in Deutschland selbstfahrende Luxusautos verkaufen. „Wir haben vom Kraftfahrtbundesamt die Zulassung, in Deutschland automatisiertes Fahren der Stufe 3 anzubieten“, sagte BMW-Bereichsleiter Nicolai Martin dem *Handelsblatt*. „Das System wird noch in diesem Jahr in der Siebener-Reihe eingeführt.“

Die Fahrcomputer von Mercedes-Benz und BMW dürfen in Deutschland auf Autobahnen in Staus oder bei dichtem Verkehr bis Tempo 60 völlig selbstständig fahren, ohne dass der Fahrer auf die Straße schauen muss. (dpa)

KONJUNKTUR

## Prognose rechnet 2024 mit 0,7 Prozent Wachstum

**DÜSSELDORF.** Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr laut einer neuen Prognose des Wirtschaftsforschungsinstituts IMK um 0,5 Prozent schrumpfen. Für 2024 seien 0,7 Prozent Wachstum zu erwarten, teilte das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung gestern in Düsseldorf mit.

Die Inflationsrate wird laut IMK im Jahresschnitt 2023 6,0 Prozent betragen (2022: 6,9 Prozent). „2024 dürfte die Teuerungsrate mit durchschnittlich 2,4 Prozent wieder relativ nahe am Inflationsziel der Europäischen Zentralbank liegen“, hieß es weiter. (dpa)

## „Wir werden durchgereicht“

Industrie fordert: Politik muss in die Gänge kommen - Minister Habeck zu Gast

VON ANDREAS HOENIG

**BERLIN.** Seit Wochen ringt die Ampel-Koalition um Entlastungen der Unternehmen von hohen Strompreisen – in der Industrie wachsen die Sorgen. „Wir verlieren Unternehmen, wir verlieren Wertschöpfung“, sagte der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, gestern bei einem BDI-Klimakongress in Berlin. Die Politik müsse in die Gänge kommen. Deutschland werde als Industrie- und Exportnation im internationalen Wettbewerb weiter „nach hinten durchgereicht“, wenn man so weitermache wie bisher. Die Wirtschaft fordert seit langem Entlastungen.

## Habeck: Chancen 50 zu 50

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) warb bei dem Kongress um einen in der Koalition umstrittenen, temporär begrenzten und staatlich subventionierten „Brückentrompreis“ für energieintensive Unternehmen. Er sieht in der Debatte Bewegung. Habeck bezifferte die Chancen auf 50 zu 50, dass ein Brückentrompreis komme. Es komme darauf an, dass energieintensive Firmen weiter Vertrauen in den Standort Deutschland hätten und investierten.

Die Grünen und die SPD-Fraktion sind für einen Industriestrompreis, Bundeskanzler Olaf



Minister Robert Habeck gestern bei einer Podiumsdiskussion beim Klimakongress der Industrie.

Foto: Bernd von Jutrczenka/dpa

Scholz (SPD) ist skeptisch, die FDP ist dagegen. Die FDP will eine Senkung der Stromsteuer. Dazu sagte Habeck, er wolle am liebsten beides, einen Industriestrompreis und eine Senkung der Stromsteuer. Letzteres nütze energieintensiven Firmen aber nichts, denn die zahlten keine Stromsteuer. Habeck verwies zudem auf begrenzte finanzielle Mittel im Bundeshaushalt.

Scholz kommt heute mit Vertretern der Branche zu einem „Chemiegipfel“ im Kanzleramt zusammen. Auch in der Chemieindustrie sind die Erwartungen an die Bundesregierung groß, dass es schnell zu Entscheidungen zu Entlastungen bei den Energiepreisen kommt.

Der Chef von Wacker Chemie, Christian Hartel, sprach auf dem BDI-Klimakongress von einem

„katastrophalen“ Einbruch der Produktion und einer Nachfrageschwäche – die deutsche Chemieindustrie hatte aus Kostengründen ihre Produktion im zweiten Quartal weiter gedrosselt. Hartel sagte, die Energiepreise in Deutschland seien dreifach fünfmal so hoch wie in den USA oder China. „Wir werden durchgereicht.“ Auch Wacker stelle sich die Frage, ob das Unternehmen noch in Deutschland produzieren könne.

BDI-Präsident Russwurm hatte bereits am Montag eindringlich vor einer Abwanderung von Unternehmen ins Ausland gewarnt. Wertschöpfung, Betriebe und Arbeitsplätze weiter Teile der energieintensiven Industrie an ihren Standorten in Deutschland seien konkret in Gefahr. Industrielle Produktion breche weg oder werde ins Ausland verlagert. Die Industrie wolle Klimaziele erreichen. „Aber eines wollen wir nicht: auf der Strecke bleiben, oder deutlicher ausgedrückt: untergehen.“

Die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Yasmin Fahimi, sagte gestern: „Wettbewerbsfähige Strompreise sind die Voraussetzung für eine Ausweitung privater Investitionen in die Dekarbonisierung. Ohne diese gibt es auch keinen Klimaschutz.“ Die Bundesregierung müsse nun schnell die richtigen Weichen stellen, damit eine schlechende Deindustrialisierung vermieden werde.